



JOURNALISMUSPREIS
DER IG METALL
BADEN-WÜRTTEMBERG

2021



Willi- Bleicher- Preis 2021

Die Jury

**Ann-Kathrin
Eckardt**

Chefin vom Dienst
Gesellschafts-
ressort
Süddeutsche
Zeitung



**Wolfgang
Schorlau**

Schriftsteller

Foto © Heike Schiller



**Prof. Dr. Frank
Brettschneider**

Universität
Hohenheim,
Institut für
Kommunikations-
wissenschaft



Barbara Roth

Ressortleiterin Länder
Deutschlandfunk /
Deutschlandfunk Kultur

Foto © Bettina Fünst-Fasché

Die Preisträgerinnen Der Preisträger

Den Willi-Bleicher-Preis 2021 erhalten:

KATEGORIE PRINT/ONLINE

Pia Ratzesberger

Süddeutsche Zeitung
für „Werde ich einmal arm
sein?“

Thema: Risiko von Altersarm-
mut bei Frauen

Seite 6 - 25

KATEGORIE FERNSEHEN:

Zwei Beiträge:

Edith Dietrich

Dirk Bitzer

ARD, Plusminus
für „Stellenabbau wegen
Corona?“

Thema: Auswirkungen der
Corona-Pandemie in Handel
und Produktion

Seite 26 - 27

Helena Offenborn

SWR, Mensch Leute
für „Der Hoodie-Macher – Jobs
für Menschen mit Handicap“

Thema: Wenn anders sein
normal ist

Seite 28 - 29

Willi- Bleicher- Preis 2021

KATEGORIE NACHWUCHS:

Caroline Wiemann

WDR, Unterwegs im Westen
für „Kommt jetzt die große
Hartz IV-Welle?“

Thema: Auswirkungen der
Corona-Pandemie in Kunst und
Kultur

Seite 30 - 31

KATEGORIE HÖRFUNK:

Sophie Rebmann

Deutschlandfunk Kultur, Plus
Eins

für „Wenn ich nicht kämpfe, wer
sonst?“ Eine polnische Pflege-
kraft wehrt sich.

Thema: Alltag und Kampf um
bessere Arbeitsbedingungen

Seite 32 - 33



Vorwort

Der Wandel der Industrie ist in vollem Gange: Auf unseren Straßen fahren immer mehr Elektro-mobile, Produkte und Fabriken vernetzen sich, Arbeitsprozesse laufen zunehmend digitalisiert. Nicht nur Wertschöpfungsketten sortieren sich in diesen Tagen neu, auch die Arbeit von Millionen Beschäftigten verändert sich. Neue Tätigkeiten bringen neue Anforderungen mit sich, alte verschwinden oder werden neu definiert. Kurzum: In Industrie und Arbeitswelt bleibt fast nichts wie es ist. Das stellt Unternehmen, Beschäftigte und Gewerkschaften vor enorme Herausforderungen.

Umso mehr freut es mich, dass wir diesen wechselvollen Zeiten mit dem Willi-Bleicher-Preis eine Konstante entgegensetzen kön-

nen – er wird 2021 bereits zum zehnten Mal verliehen und hat sich als Indikator für Trends am Arbeitsmarkt etabliert.

Die Qualität der Einreichungen war auch 2021 auf sehr hohem Niveau, viele Beiträge haben die Auswirkungen der Corona-Pandemie und anstehende technologische Herausforderungen in den Fokus genommen. Je öfter und hintergründiger solche Themen in der Öffentlichkeit beleuchtet werden, umso mehr lenkt das den Blick der Öffentlichkeit auf die Arbeitswelt und die Bedürfnisse der Beschäftigten. Das erleichtert auch uns Gewerkschaften die Arbeit und dafür bedanke ich mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der diesjährigen Ausschreibung.



Die Preisträger 2021 beschäftigen sich mit dem Risiko von Altersarmut bei Frauen, dem Alltag und Kampf um bessere Arbeitsbedingungen einer polnischen Pflegekraft, den oftmals verheerenden Auswirkungen der Corona-Pandemie auf unterschiedliche Beschäftigte sowie mit Jobs für Menschen mit Handicap. Alle Beiträge geben einen detaillierten Einblick in die Welt ihrer Protagonisten, sie lassen uns mit ihnen hoffen und bangen, zeigen neue Perspektiven auf und sorgen bei der Leserschaft mehrfach für Aha-Effekte.

Die Herausforderungen des technologischen Wandels sind seit Jahren bekannt und zumindest teilweise absehbar. Die Corona-Pandemie hingegen kam abrupt und hat unter Beschäftigten neue und viel zu oft auch Existenzängste geschürt - viele haben ihren Job verloren, viele mussten sich umorientieren und neu anfangen, viele sind noch heute im Homeoffice. Die IG Metall setzt sich für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel ein, der alle Beschäftigten beteiligt und mitnimmt und auch dazu leisten die Gewinnerbeiträge 2021 einen Beitrag: Sie machen Schicksale lebendig und Sorgen transparent und wecken damit ein Gemeinschaftsgefühl. Ebenso wie das Bewusstsein,

dass wir den technologischen Wandel und die Auswirkungen der Pandemie nur gemeinsam und solidarisch meistern können.

Der Willi-Bleicher-Preis passt als Auszeichnung dafür nach wie vor sehr gut: Er ist nach dem 1981 verstorbenen ehemaligen baden-württembergischen IG Metall-Bezirksleiter Willi Bleicher benannt, weil dieser sich stets für soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit in der Arbeitswelt eingesetzt hat. Beides brauchen wir mehr denn je auch in Zukunft.

In diesem Sinne den Preisträgern 2021 herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Erfolg und ein Dankeschön an die Jury für Ihre langjährige und tolle Arbeit, namentlich Frank Brettschneider, Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim, Ann-Kathrin Eckardt, Chefin vom Dienst im Gesellschaftsressort Süddeutsche Zeitung, Barbara Roth, Ressortleiterin Länder, Deutschlandfunk/Deutschlandfunk Kultur, und dem Schriftsteller Wolfgang Schorlau.

Roman Zitzelsberger,
IG Metall-Bezirksleiter
Baden-Württemberg



Pia Ratzesberger

Jahrgang 1990

Studium der Ökonomie, Politologie und Interkulturelle Kommunikation in Erlangen, Bologna und München.

Währenddessen war sie Stipendiatin am Institut zur Förderung des publizistischen Nachwuchses und schrieb unter anderem für die Financial Times Deutschland, die Nürnberger Zeitung, Zeit Online und vor allem die Süddeutsche Zeitung, wo sie auch das Volontariat absolviert hat. Dort ist sie heute Redakteurin im Buch Zwei.

Link zum interaktiven Beitrag (kostenpflichtig):

<https://bit.ly/3vrFVqw>



«Werde ich einmal arm sein?»

Süddeutsche Zeitung

10. April 2021

■ Begründung der Jury

Die Frage, ob sie im Alter genug Geld zum Leben haben werden, macht vielen jungen Menschen Angst. Pia Ratzesberger ist 31, als sie einen Blick in ihre finanzielle Zukunft wagt. Am 1. Mai 2057 – das ist in 36 Jahren – wird sie in Rente gehen. Als Autorin der Süddeutschen Zeitung lässt sie uns teilhaben an ihren Recherchen zur eigenen Rente. Pia Ratzesberger will vorbereitet sein: Denn auf die gesetzliche Rente allein darf sich ihre Generation nicht mehr verlassen.

Ein emotionales Thema für Menschen, die heute um die 30 Jahre alt oder jünger sind. „Wenn wir mal alt sind, bekommen wir sowieso keine Rente mehr“, diesen wütenden Satz hört man oft. Im April 2021 veröffentlichte das Marktforschungsinstitut GfK eine Studie, wonach knapp drei Viertel der mehr als tausend befragten 18- bis 32-Jährigen besorgt sind, weil das

Rentenniveau sinkt. Die jungen Menschen sehen die zunehmende Altersarmut als drittgrößtes Problem ihrer Generation an - hinter dem Klimawandel und Pandemien. Und mehr noch: den „Millennials“ ist durchaus bewusst, dass ihre Generation die nächsten Jahrzehnte die Rente schultern muss – sowohl für die heutigen als auch für die kommenden Rentenjahrgänge.

Vor diesem Hintergrund will Pia Ratzesberger wissen, mit wieviel Rente sie später rechnen kann und wie sie es schafft, im Alter nicht automatisch weniger Geld zu haben, nur weil sie Pia heißt und nicht Pius. Die Autorin macht ihr Leben, ihre finanzielle Situation, ihre privaten Zukunftspläne, ihre beruflichen Sorgen und Ängste zum Gegenstand ihrer Recherchen. Sieben Telefonate sollen ihr helfen Antworten zu finden: Sie spricht mit ihrer Oma, mit der Deutschen Rentenversicherung, einer Finanzberaterin, einer Professorin für Sozialwirtschaft, der Verbraucherzentrale Bayern, einer Professorin für Sozialpolitik und mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Und sie lässt sich per Photoshop Falten ins Gesicht zeichnen. Sie will wissen, wie sie in 36 Jahren vielleicht aussehen wird.

In der Reportage in Ich-Form gibt die Autorin viel von sich preis. Weil sie aus der Eigenperspektive erzählt,

also über sich schreibt, gelingt es ihr aber brillant, ein sehr komplexes Thema verständlich und lesenswert darzustellen. Kompakt, hintergründig und durchaus mit Witz berichtet sie über Rentenreformen, über das Altersarmutsrisiko Teilzeit oder Minijob, über Ehegattensplittung, über Elternzeit und Karriereverzicht, über ungleiche Bezahlung von Frauen und Männer, über betriebliche Rente, private Vorsorge und die Rentenformel. Sie erklärt, hinterfragt, analysiert und zieht aus ihren Rechercheergebnissen Schlüsse für ihr eigenes Leben. Am Ende wird sie einen Plan haben. Und einen neuen Dauerauftrag: Wenn sie von jetzt an 200 bis 400 € im Monat zurücklegen würde, könnte sie ihre Rentenlücke noch schließen.

Pia Ratzesberger inspiriert mit ihrer Reportage hoffentlich viele Leserinnen und Leser ihres Alters, sich ebenfalls mit dem sehr komplexen Thema Finanzen im Alter auseinanderzusetzen. Die Jury jedenfalls überzeugte und begeisterte sie.

**Herzlichen Glückwunsch zum
Willi-Bleicher-Preis 2021.**

Werde ich einmal arm sein?

Süddeutsche Zeitung

10. April 2021

Frauen haben immer noch ein größeres Risiko als Männer, im Alter zu wenig Geld zu haben. Warum ist das so? Und wie lässt sich das verhindern? Unsere Autorin wagt einen Blick in die Zukunft – auf der Suche nach ihrer eigenen Rente.

Am 1. Mai 2057 werde ich in Rente gehen. Ich habe keine Ahnung, wie die Welt vor meinem Fenster dann aussehen wird. Wie warm wird sie sein, wer wird im Kanzlerinnenamt sitzen, werden wir noch immer Maskenabdrücke im Gesicht haben? Die Zukunft erscheint mir so unsicher, dass ich sie mir kaum vorstellen kann, nur eines weiß ich jetzt schon: Die gesetzliche Rente wird mir nicht reichen, weil mir das ja alle erzählen, seit ich zum ersten Mal gehört habe, dass man irgendwann nicht mehr arbeiten, sondern alt sein wird.

Ich sollte also vorbereitet sein. Ein Sparkonto haben, auf das ich jeden Monat Geld überweise, eine Bankberaterin, die meine Aktien im Blick hat, oder wenigstens einen Barren Gold im

Schrank. Aber wer hat das schon, ich jedenfalls nicht. Wie so viele habe ich die Warnungen ignoriert, die aus der Zeitung, von Instagram: Drohende Altersarmut, Frauen haben weniger Geld als Männer.

Mein Leben als Frau mit weißen Haaren schien mir noch unvorstellbar weit weg, da half es auch nicht, ein Foto in eine Aging App hochzuladen. Zwar ist es als Journalistin mein Job, komplexe Dinge zu erklären, die Lizenzierung des dualen Müllsystems oder die Mechanismen von Prämiensparverträgen, an meine eigene Rente aber habe ich mich nie heran gewagt. Bis zu dem Tag, an dem das Internet eine Meldung auf meinen Bildschirm spülte: Mit 30 Jahren solle man als Frau 52 000 Euro auf dem Konto haben, damit

man im Alter seinen Lebensstandard halten könne.

Ich bin 31 Jahre alt. Ich wäre schon froh, wenn am Ende eines Monats mal 150 Euro übrig blieben.

Die Rechnung ging vom durchschnittlichen Einkommen einer Frau aus, die im Monat 2062 Euro netto verdient, und das alleine ist natürlich schon ein Witz – das Bundesfamilienministerium hat vor wenigen Jahren mal ausgerechnet, dass nur etwa 10 Prozent aller Frauen zwischen 30 und 50 Jahren ein eigenes Einkommen von mehr als 2000 Euro netto haben.

Und später? Nun, in Deutschland bekommt eine Rentnerin, die 65 Jahre oder älter ist, im Schnitt eine eigene gesetzliche Rente von 833 Euro brutto im Monat. Ein Mann: 1409 Euro. Nimmt man auch noch andere Renten abseits der gesetzlichen dazu, etwa Betriebsrenten oder Beamtenpensionen, kommt ein Mann durchschnittlich auf eine eigene Altersrente von 1920 Euro und eine Frau auf 970 Euro brutto im Monat. Das ist in etwa die Hälfte.

Vor ein paar Jahren hat die OECD mal ausgerechnet, dass die Kluft zwischen den Renten von Frauen

und Männern in Deutschland so groß ist wie in keinem anderen der 27 europäischen Mitgliedsländer, die EU kam ebenfalls zu einem niederschmetternden Ergebnis.

Dabei leben wir doch in einem Land, das schon auch Fortschritte gemacht hat, in dem zum Beispiel so viele Frauen arbeiten wie nie zuvor, in dem mehr einen Uniabschluss machen als Männer, und in dem im Radio immer öfter eine kurze Pause zu hören ist, wenn jemand von Ärzt:innen oder Lehrer:innen spricht. Warum also ist der Geschlechterunterschied im Alter, wenn man als Rentnerin kaum noch eine Chance hat, ihn zu verändern, noch immer so groß? Ich beschließe, endlich in den Abgrund zu blicken, um mal vorsichtig abzuschätzen, wie tief es hinabgehen könnte. Ich will wissen, mit wie viel Rente ich später rechnen kann – und welche Muster älterer Generationen wir Jüngeren aller Geschlechter besser hinter uns lassen sollten. Wie schaffe ich es, dass ich im Alter nicht automatisch weniger Geld haben werde, weil ich Pia heiße und nicht Pius?

Sieben Anrufe sollen mir helfen, eine Antwort zu finden.

Eine Finanzberaterin, die sich weigert, in den Ruhestand zu gehen, wenn auch nicht wegen einer niedrigen Rente. Ein ehemaliger Bankberater, der die Seiten gewechselt hat, eine Wissenschaftlerin, die ein paar Zahlen zurechtrückt, und eine Professorin, die mir eine irre Formel erklärt. Eine Beraterin der Deutschen Rentenversicherung, die mir einige Hausaufgaben mitgibt, ein Ökonom, der die Uhr ticken hört, und eine Rentnerin, die mich schon so lange begleitet wie keine andere: meine Großmutter, geboren 1929. Wer die Zukunft der Rente ausleuchten will, muss schließlich ihre Vergangenheit kennen.

Am Ende werde ich einen Plan haben. Und einen neuen Dauerauftrag.

Erster Anruf: „Um das Geld hat sich eben der Ehemann gekümmert.“

Meine Oma sitzt im Wohnzimmer, als ich sie anrufe, wie immer auf dem Stuhl links am Esstisch. Vor dem Fenster der schmale Garten, in dem sie früher Karotten und Kohlrabi angepflanzt hat. Sie findet ein bisschen seltsam, dass ich mich ausgerechnet für meine Rente interessiere, ich sei

doch noch so jung – „aber stimmt schon, in eurer Generation kann man sich auf nichts mehr verlassen, und die Wohnungen sind auch noch so teuer“.

Meine Oma, eine typisch westdeutsche Seniorin, hat ihr Leben lang täglich drei Mahlzeiten auf den Tisch gestellt, während mein Opa gerade mal wusste, wie man eine Heringsdose öffnet. Aber im Gegensatz zu ihm, der als Heizungsingenieur immer irgendwelche Zeichnungen auf seinem Schreibtisch liegen hatte, machte meine Oma den Großteil ihres Lebens keine Arbeit, für die sie Geld bekam. Das war auch nie der Plan. Nach der Schule, als der Kanzler noch Konrad Adenauer hieß, arbeitete sie im Café, wo eines Tages mein Opa an der Kuchentheke stand. Dann Heirat, Kind, Gemüsebeet. Bei der Rente verließ sich meine Großmutter wie bei so vielem auf meinen Opa, der unsere Familie in jene Mittelschicht führte, mit deren Privilegien ich aufgewachsen bin. Heute, mit 91 Jahren, sagt sie dazu nur: „Um das Geld hat sich eben der Ehemann gekümmert.“

Die Idee der Rente ist viel älter als der Familienstammbaum im Haus meiner Oma, bereits im Mittelalter gründeten die Arbei-

ter im Bergbau Knappschaften, in denen man sich gegenseitig half, wenn man zu krank oder zu alt wurde. Von 1800 an gab es in manchen Teilstaaten Deutschlands auch schon Pensionen nur für Beamte. Damals zeichnete sich ab, was bis heute gilt: Manche Gruppen haben ihre eigenen Töpfe, aus denen sie exklusiv ihre Renten beziehen. Der ganz große Topf, die gesetzliche Rente, nach wie vor am bedeutendsten, geht auf die Zeit Bismarcks zurück, mit seiner Einführung sollte 1889 im Deutschen Reich die rebellische Arbeiterbewegung beschwichtigt werden. Die Rente war allerdings nur als Unterstützung gedacht, die Familie sollte ja für einen sorgen, und man sollte ohnehin so lange arbeiten, bis man nicht mehr konnte. Das Bild des wohlverdienten Ruhestands kam erst 1911 mit einer eigenen Rentenversicherung für Angestellte auf, die eher einer bürgerlichen Schicht angehörten, in der es als schick galt, dass nur der Mann ins Büro ging – die Ehefrauen waren über ihren Partner abgesichert und nach dessen Tod über Hinterbliebenenrenten, die heute wie 4,54 Millionen Frauen in Deutschland auch meine Oma bekommt. Legt man solche sogenannten abgeleiteten Renten, die man also

nicht selbst verdient hat, auf die durchschnittlichen eigenen Altersrenten drauf, verringert sich der Unterschied zwischen Frauen und Männern übrigens um etwa 35 Prozent. Wer selbst nur eine kleine Rente hat, lebt ohnehin nicht zwangsläufig in Armut, Frauen mit winzigen Renten wohnen nicht selten in Haushalten mit hohen Einkommen, weil etwa der Mann mehr Geld hat. Der Preis allerdings ist derselbe wie bei den Hinterbliebenenrenten: Unabhängigkeit. Würde meine Oma wieder heiraten wollen, wäre ihre Witwenrente dahin.

In ihren Grundzügen funktioniert unsere Rente heute, und davon wird noch zu reden sein, wie in den Fünfzigerjahren. Als meine Großeltern sich ein Leben aufbauten, das in der alten Bundesrepublik selbstverständlich war, das sich von unserer Gegenwart jedoch gewaltig unterscheidet: frühe Ehe, Reihenhaus auf Kredit, Scheidung eher keine Option. Nur weniger als die Hälfte aller Frauen in Westdeutschland hatte damals einen Job, bis 1958 brauchte man dafür auch noch die Erlaubnis des Ehemannes, und die Regierung setzte lieber auf Kindergeld statt auf Kitas. In der DDR war das anders, die Arbeitskraft von Frau-

en war fest eingeplant, genau wie Plätze in Krippen oder Kindergärten, und so ist der Unterschied zwischen den Renten von Frauen und Männern in den neuen Bundesländern bis heute deutlich kleiner als im Westen: Bei den eigenen Altersrenten liegt er im Osten bei 23 Prozent (im Vergleich zu 55 Prozent im Westen).

In der alten Bundesrepublik verdiente mein Opa zu Zeiten des Wirtschaftswunders während der Fünfzigerjahre noch recht gut. Ein Arbeiter hatte damals im Monat im Mittel etwa 350 Mark auf dem Konto, wohingegen die Rentner nicht viel vom Aufschwung mitbekamen und durchschnittlich mit circa einem Fünftel davon zu recht kommen mussten. Als meine Großeltern in ihr selbstfinanziertes Reihenhaus zogen, für dessen Preis man heute in derselben Stadt wohl keine Garage mehr bekäme, beschloss der Bundestag deshalb, die Renten an die Löhne zu koppeln. Dieses Prinzip gilt im Grundsatz bis heute.

Viermal im Jahr beugen sich Expertinnen und Experten der Rentenversicherung, des Bundesarbeitsministeriums und des Bundesversicherungsamtes über alle wichtigen Daten des Landes wie etwa die Zahl der Rent-

nerinnen und Beitragszahler, die Löhne, auch über Arbeitslosenquoten, Geburtenraten, Migrationsströme und Sterblichkeitsraten. Einmal im Jahr, immer im Sommer, beschließt die Bundesregierung in der Regel, die Renten an die Löhne anzupassen, wenn die gestiegen sind – gekürzt werden die Renten wegen der sogenannten Rentengarantie nie. Wenn ich eine alte Frau sein werde, bekomme ich also nicht genau das Geld ausgezahlt, das ich eingezahlt habe. Sondern die nächste Generation, die dann arbeitet, wird von ihrem Lohn grob vereinfacht die Renten von uns Älteren bezahlen und sich wiederum darauf verlassen, dass ihre Kinder mal dasselbe tun werden, wenn sie selbst alt sind. Wenn die Unternehmen hohe Löhne ausgeben, zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die sich die Beiträge teilen (der Bund zahlt zudem einen Zuschuss), also mehr in die Rentenkasse ein, und grob vereinfacht steigen dann regelmäßig auch die Renten. Wie viel ich als Rentnerin von dem Geldbatzen abbekommen werde, berechnet sich danach, wie sich mein Lohn früher zur Summe der Löhne aller Versicherten verhalten hat. Wer sein Leben lang Durchschnittsverdienerin war, sollte später

also auch Durchschnittsrentnerin sein. Natürlich würde ich gerne wissen: Wo werde ich mich einreihen?

Zweiter Anruf: „Oha, hier sind noch ganz viele Lücken.“

Mal nachfragen bei den Profis, der Deutschen Rentenversicherung. Am anderen Ende der Leitung eine Frauenstimme, ein warmer bairischer Dialekt. Für einen Moment bin ich zuversichtlich, dass sie und ich mein Problem für immer lösen werden, – bis die Frau sagt: „Oha, hier sind noch ganz viele Lücken. Ihre Schul- und Studienzeiten fehlen, da kann ich Ihnen nicht seriös sagen, wie viel gesetzliche Rente Sie voraussichtlich bekommen werden. Ich schicke Ihnen die Formulare zu.“

Auf den Formularen V0100 (sechs Seiten) und V410 (acht Seiten) begegnen mir Begriffe, von denen ich noch nie gehört habe, zum Beispiel Punkt 7.1.: „Haben Sie bis zum 31.12.1978 Schlechtwettergeld bezogen?“ Vierzehn Seiten Antrag, nur um zu belegen, dass ich mal Schülerin und Studentin war. Wenn es mir bereits schwerfällt, nicht einfach alles für immer in die Schublade der Pandora zu räumen – wie muss es

jemanden gehen, dessen Muttersprache nicht Deutsch ist? Kaum habe ich meine Antwort abgeschickt, kommt der nächste Brief, Formular V0510.

Mir kommt das deutsche Rentensystem schon jetzt vor wie eines dieser verschachtelten Städtchen mit Hunderten engen Gassen, in denen man von einer in die nächste rennt, um am Ende auf dem immer selben Platz zu stehen. Das System ist so oft verändert worden, dass selbst Expertinnen und Experten nur schwer mitkommen, der Volkswirt Thomas Ebert warnt im Vorwort seiner dicken Abhandlung über die Rente: Auf 400 Seiten könne er wirklich nur elementarste Dinge darstellen.

Entsprechend komplex ist die Statistik, wie jeder Mensch hat jede Tabelle ihre ganz eigenen Probleme: Beim Durchschnitt der gesetzlichen Renten ab 65 Jahren (den 1409 Euro für Männer und 833 Euro brutto für Frauen) sind zum Beispiel auch die niedrigen Renten von Menschen einberechnet, die nur wenige Jahre in die Kasse eingezahlt haben, wie etwa Hausfrauen oder Leute, die sich später selbständig gemacht haben, sagt ein Sprecher der Deutschen Rentenversicherung Bund, der mich durch den Urwald der

Zahlen führt. Diese Renten senkten den Durchschnitt deutlich. Sieht man sich wiederum nur die Renten nach mindestens 35 Versicherungsjahren an, denen wieder eine ganz andere Datenbasis zugrunde liegt, vermitteln die Zahlen durchaus einen realistischen Eindruck davon, wie hoch die gesetzlichen Renten nach einem Arbeitsleben liegen könnten (Männer: 1570 Euro brutto, Frauen: 1173 Euro) – berücksichtigen aber nicht vollends, dass Frauen in der Regel weniger Jahre einzahlen als Männer. Außerdem reicht es ja leider nicht, sich nur die Renten anzusehen, um abzuschätzen, wie es Rentnerinnen mit ihrem Geld so geht.

Da wären nämlich auch noch die Vermögen, die in Deutschland äußerst ungleich verteilt sind. Das reichste Prozent besitzt etwa 35 Prozent des gesamten Vermögens, wobei Männer im Schnitt reicher sind als Frauen, sie stellen die meisten Millionäre. Da wären die Einkommen, weil man als ältere Frau vielleicht eine Wohnung vermietet oder in der alten Firma jobbt, weil man Sozialhilfe bekommt oder wie meine Oma eine Witwenrente. Rechnet man alle Einkommen zusammen, hat ein Mann, der 65 Jahre oder älter

ist, dem Alterssicherungsbericht der Bundesregierung zufolge im Schnitt ein eigenes Einkommen von 1910 Euro netto und eine Frau knapp ein Drittel weniger. Dabei kann ein Drittel entscheidend sein, wenn man eine Miete bezahlen muss oder ein Zimmer im Heim.

Ende der Fünfzigerjahre, als meine Mutter gerade geboren war und der Bundestag über die erste große Rentenreform debattierte, erschien es meinem Opa immerhin noch selbstverständlich, dass immer genügend Menschen arbeiten würden, um seine gesetzliche Rente zu zahlen – und auch, dass ihm die reichen würde, um im Alter so weiterzumachen wie gewohnt. Er ahnte noch nicht, dass bald die erste Pille auf den Markt kommen sollte, während die Menschen gleichzeitig immer älter werden würden. Als meine Mutter dann erwachsen und mit meinem Vater und uns drei Töchtern in ein Haus ein paar Straßten weiter gezogen war, entschied im Jahr 2001 ausgerechnet die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder, dass man sich von nun an nicht mehr auf die gesetzliche Rente allein verlassen sollte. Sondern auch auf sich selbst.

Mit dieser zweiten großen Reform sollte die gesetzliche Rentenversicherung, die sogenannte erste Säule, entlastet werden, da in Zukunft immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentner versorgen müssten. Der Staat begann die betriebliche Vorsorge, die zweite Säule, stärker zu fördern und auch die private Vorsorge, die dritte Säule, zum Beispiel durch Riester-Renten, benannt nach dem damaligen Arbeitsminister Walter Riester von der SPD. Das Versprechen der gesetzlichen Rente war gebrochen – eine zusätzliche Altersvorsorge aber wurde keine Pflicht.

Riester hatte eine solche im Sinn gehabt, musste die Idee jedoch verwerfen, wohl auch, weil die Bild-Zeitung gegen die „Zwangssrente“ Stimmung gemacht hatte. Mit den Debatten, ob es nicht auch ganz andere Lösungen gegeben hätte, könnte man Bibliotheken füllen, die Konsequenz bleibt dieselbe: Ich muss mir heute Podcasts über Rentenlücken anhören, weil ich mich auf den Staat allein nicht mehr verlassen kann – und ich hole mir Hilfe.

Dritter Anruf: „Teilzeitarbeit bedeutet Teilzeitrente.“

Eine Frau mit kurzen dunklen Haaren erscheint auf dem Bildschirm, 80 Jahre alt, trotzdem noch keine Rentnerin. Helma Sick hat Frauen schon bei deren Finanzen geholfen, als ich noch nicht geboren war, aber ans Aufhören denkt sie nicht mal. Ihre Münchner Beratungsfirma leitet sie seit mehr als drei Jahrzehnten, wobei sie das Thema aufzuregen scheint wie am ersten Tag. Sie lehnt sich vor und sagt: „Viele Frauen wollen die Fehler ihrer Mütter vermeiden und machen dann doch genau dieselben.“ Sie mache niemandem einen Vorwurf, sie kenne ja die Strukturen.

Meine Schwestern und ich zum Beispiel sind die erste Generation in der Familie meiner Mutter, die unabhängig von einem Ehering am Finger eigentlich gute Chancen auf eine gute eigene Rente hätte. Doch obwohl mein Leben heute ein anderes ist als das meiner Mutter oder Großmutter bleibt das Wort: eigentlich.

Sieht man sich zum Beispiel die Statistiken des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung an, haben sich die gesetzlichen Rentenansprüche der jüngeren Älteren, der 1966 bis 1970 Geborenen, erst einmal ähnlich entwickelt. Doch ab dem Alter von

30 Jahren hebt sich der Balken der Männer doch noch von dem der Frauen ab. Die Lücke wird von Generation zu Generation kleiner werden, das prophezeien die meisten Wissenschaftler*innen, allerdings langsam – und ganz verschwinden wird sie aller Voraussicht nach nicht.

Manche Frauen, sagt Sick, reduzierten ihre Arbeitszeit schon beim Zusammenziehen mit dem Partner, viele spätestens, wenn das erste Kind komme, und dann oft für lange Zeit. Selbst wenn der Mann die Rentenbeiträge für die Frau in der Pause weiterzahle, was Sicks Erfahrung nach nicht oft passiere, sei es kein faires Spiel. Die Frau verpasse Möglichkeiten, aufzusteigen und damit ihr Gehalt zu steigern. Auch die meisten Mini-Jobs, für die man nicht zwingend in die Rentenkasse einzahlen muss, übernehmen nach wie vor Frauen.

Als junge Frau ohne Kinder scheinen mir die großen Dämpfer womöglich also erst noch bevorzustehen. Fast jede zweite Frau arbeitet in Teilzeit, bei Müttern mit Kindern unter sechs Jahren sind es mehr als 70 Prozent, bei den Vätern nicht einmal sieben Prozent. „Und Teilzeitarbeit bedeutet auch Teilzeitrente“, sagt

Sick. Aber die Lösung kann doch nicht sein, dass beide in Vollzeit schuften, ohne Zeit für sich und die Familie? „Am besten teilt man sich die Teilzeitarbeit fair untereinander auf, genau wie alle andere Arbeit.“

Arbeit ist nämlich nicht nur der Job, für den man Geld bekommt (bezahlte Erwerbsarbeit), sondern auch, ein Kind zu wickeln, Pausenbrote zu schmieren und der Großmutter die Haare zu waschen (unbezahlte Sorgearbeit). Nach den letzten Zahlen aus dem Familienministerium leisten Frauen am Tag im Schnitt vier Stunden und dreizehn Minuten solcher Sorgearbeit, Männer nur zwei Stunden und 46 Minuten.

Wir Jüngeren wollen zwar vieles anders machen, aber die Aufteilung Mutter in Teilzeit, Vater in Vollzeit gilt mit einem kleinen Kind nach wie vor noch oft als ideal. Das Bild der Mutter ist aufgeladener als jedes elektrische Feld, in einer Umfrage im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung stimmte mehr als die Hälfte aller Befragten der Aussage zu, dass die Gesellschaft Müttern in Vollzeit abspreche, eine gute Mutter zu sein. Ein Gefühl, für das es konkrete Hinweise gibt: Wer als Frau nur zwei Monate

in Elternzeit war, wird tatsächlich seltener zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen als eine Frau, die zwölf Monate Pause gemacht hat, zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Meine Oma würde dazu sagen: Wie man es auch macht, man macht es falsch. Zwar gehen immer mehr Väter in Elternzeit, aber meist nur für eben solche zwei Monate. Als häufigsten Grund für ihre Entscheidung nennen sie die Finanzen sowie eine Partnerin, die länger beim Kind bleiben wolle – wobei die Frauen dazu nicht befragt worden sind, nun ja.

Das also ist das eine Problem, das sich in meinem Rentenbescheid einmal widerspiegeln könnte: Frauen übernehmen mehr unbezahlte Arbeit und weniger bezahlte. Das andere: Selbst wenn Arbeit bezahlt wird, verdienen Frauen weniger.

Sieht man sich den durchschnittlichen Bruttostundenlohn einer Frau und den eines Mannes an, liegt der Unterschied bei 18 Prozent, so hoch wie in nur wenigen Ländern der EU. Rechnet man alle strukturellen Unterschiede und damit auch strukturellen Probleme heraus, etwa dass Frauen seltener Chefinnen sind, in kleineren

Firmen arbeiten als Männer oder in anderen Branchen, würde man also nur vergleichbare Biografien nebeneinanderlegen, bleibt eine Lücke von bis zu sechs Prozent, die Frauen und Männer voneinander trennen. (Wer das wenig findet, kann sich mit seinem Gehalt ja mal ausrechnen, wie viel sechs Prozent mehr im Jahr ausmachen würden. Einfach so, ohne mehr Arbeit.)

Ob diese Lücke tatsächlich die reine Diskriminierung beschreibt, ist umstritten – sicher jedoch ist, dass man den Unterschied mit den vorhandenen Daten bislang nicht erklären kann. Über den Gender Pay Gap (bezahlte Erwerbsarbeit) wird viel debattiert, auch über den Gender Care Gap (unbezahlte Sorgearbeit), beide sind miteinander verwoben. Der Gender Pension Gap dagegen liegt oft noch im Schatten, obwohl er nur die logische Folge ist.

Solange Frauen weniger verdienen als Männer, haben sie bei ihren Renten einen dreifachen Nachteil: Erstens hängt die gesetzliche Rente von der Summe ab, die auf meinem Gehaltszettel steht, zweitens auch die betriebliche Rente und drittens noch dazu die private Vorsorge, weil ich ja nur sparen kann, wenn ich

genügend verdiene. Mehr als die Hälfte der Menschen, die im Monat weniger als 1500 Euro brutto verdienen, ist allein auf die erste Säule angewiesen. Die meisten von ihnen sind: Frauen.

Im Übrigen fördert der Staat das Lebensmodell meiner Oma, mit einem männlichen Ernährer, noch immer steuerlich: Vom sogenannten Ehegattensplitting profitiert man nämlich besonders, wenn nur einer einen Job hat. Die weiße Beraterin auf dem Bildschirm sagt dazu nur: „Das gehört längst abgeschafft. Apropos: Wenn Sie nicht heiraten, machen Sie einen Partnerschaftsvertrag, regeln Sie Kredite, Testamente, Erbschaften.“ Jetzt schon? „Ich sage immer: Hope for the best, prepare for the worst.“

Helma Sick rät mir dringend zu einem Sparplan – wie viel ich sparen sollte, hängt nun aber von meiner gesetzlichen Rente ab (auch wenn ich ahne, dass ich so oder so einfach anfangen sollte). Die Formel, nach der diese eigene Rente berechnet wird, wirkt jedoch mindestens so kompliziert wie die Weltformel: Monatliche Rentenhöhe = Entgeltpunkte mal Zugangsfaktor mal aktueller Rentenwert mal Rentenartfaktor.

Vierter Anruf: „Es ist nicht so kompliziert, wie es aussieht.“

Eine Frau im Kapuzenpullover teilt ihren Bildschirm. Marlene Haupt, Professorin für Sozialwirtschaft, sagt gleich zu Beginn über die Formel: „Es ist nicht so kompliziert, wie es aussieht.“ Eine Power-Point-Folie nach der anderen erscheint.

Also. Der Zugangsfaktor sei nicht so wichtig, er berücksichtige allein, wann ich in Rente gehe – verabschiede ich mich zum Beispiel vor meinem gesetzlich festgelegten Rentenalter von 2057 (wobei sich das Jahr noch nach hinten verschieben könnte) in den Ruhestand, mindere das meine Rente. Den Rentenartfaktor könnte ich auch erst mal ignorieren, der beziehe sich darauf, ob ich etwa eine Altersrente bekäme oder eine Witwenrente. Der aktuelle Rentenwert wiederum, schon wichtiger, kopple die Renten an die aktuellen Löhne, wie einst unter Adenauer beschlossen – unter anderem deshalb kann mir heute niemand genau sagen, wie hoch meine Rente einmal ausfallen wird. Während der großen Rentenreformen in den Nullerjahren habe man an der Berechnung der Rentenanpassung auch noch

so herumgeschraubt, sagt Marlene Haupt, dass die Renten nicht mehr unbedingt so stark steigen wie die Löhne – um die Beitragszahler nicht zu überlasten, die ja in Zukunft immer mehr Rentner versorgen müssen. „Am wichtigsten sind für Ihre Rente gerade die Entgeltpunkte.“

Wer in der Deutschen Rentenversicherung versichert ist, sammelt diese Punkte wie in einem Videospiel sein Leben lang, und einmal im Jahr wird abgerechnet, auf der Renteninformation. Wenn ich in einem Jahr genauso viel verdiene wie der Durchschnitt aller Versicherten, bekomme ich dafür einen Entgeltpunkt, im Durchschnitt sammeln Männer also mehr Punkte als Frauen – auch wenn der frühere Arbeitsminister Norbert Blüm von der CDU doch mal gesagt hat, dass die Rente der Lohn für die Lebensleistung sein soll.

Meine Mutter zum Beispiel hat drei Kinder großgezogen, und da ich selbst dabei war, kann ich mit einiger Gewissheit sagen, dass das oft anstrengender war als ein Bürojob, bei dem man abends die Tür hinter sich zuzieht. Der niedrige Punktestand auf ihrer Renteninformation spiegelt mitnichten ihre Lebensleistung wider, auch

nicht, nachdem sich ihre Rente zuletzt ein kleines bisschen erhöht hat (für vor 1992 geborene Kinder bekommen Frauen nun immerhin bis zu zweieinhalb Jahre Erziehungszeit angerechnet, für nach 1992 geborene Kinder bis zu drei Jahre, wobei ein Jahr fast genauso viel zählt wie ein Jahr Lohnarbeit von einem durchschnittlichen Versicherten). Was die paar Jahre verändern werden, wird sich zeigen – auf meiner Renteninformation jedenfalls finden sich gar nicht so viel weniger Punkte als auf der meiner Mutter, und das bittere Datum, der 1. Mai 2057. Dann werde ich länger gearbeitet haben, als ich bislang auf der Welt bin.

Sollte das nicht genügen, um eine ordentliche gesetzliche Rente zu bekommen, von der ich ganz gut leben kann? Von der ich eine Miete für eine kleine Wohnung in der Stadt bezahlen könnte und einmal im Jahr einen Urlaub am See?

Die voraussichtliche Summe auf dem Zettel, etwa 80 Prozent meines Gehalts, wirkt auf den ersten Blick nicht so schlecht. Doch je länger ich lese, desto trügerischer scheint sie. Erstens, weil man bei der Berechnung davon ausgeht, dass ich bis zum Rentenbeginn so weiterarbeite wie im Schnitt

der vergangenen fünf Jahre, also Vollzeit, keine Elternzeiten, keine Krankheiten. (Allerdings auch keine riesigen Gehaltssprünge, die ja noch kommen könnten – Gruß an die Chefetage!) Zweitens, weil die Inflation noch nicht eingerechnet ist, worauf mich die Versicherung netterweise hinweist: „Bei einer Inflationsrate von beispielsweise 1,5 Prozent pro Jahr werden bei Beginn Ihrer Regelaltersrente 100 Euro voraussichtlich nur noch eine Kaufkraft von etwa 58 Euro besitzen.“ Ich muss an die 350 Mark denken, die in den Fünfzigerjahren, als mein Opa so alt war wie ich heute, noch ein gutes Monatseinkommen waren. Hm, da muss ein Experte ran.

Fünfter Anruf: „Alles noch machbar.“

Ein Beratungstermin bei der Verbraucherzentrale Bayern. Der kostet zwar etwas, aber die Investition wird sich lohnen. Der ehemalige Bankberater am anderen Ende der Leitung dämpft gleich mal die Erwartungen: Bei einem Termin wie diesem stelle er in etwa 70 Prozent der Fälle fest, dass Frauen mit ihrer Altersvorsorge leider nicht so gut dastünden. Dass ich im Gegensatz zu vielen anderen eine betriebli-

che Vorsorge hätte, sei schon mal ganz gut – Frauen hätten die seltener als Männer, unter anderem, weil sie häufiger in kleinen Betrieben arbeiten, in denen die Möglichkeit nicht so bekannt ist.

Wenn ein Arbeitgeber mir ganz allein eine Betriebsrente finanziere, sagt der Berater, lohne sich das immer. Mittlerweile sei der häufigere Fall aber, dass man selbst einen Teil seines Bruttogehalts in die betriebliche Vorsorge einzahle und der Arbeitgeber einen Zuschuss gebe – das lohne sich nur, wenn der Arbeitgeber mindestens die Hälfte vom Gesamtbetrag übernehme. Der eigene Beitrag zur betrieblichen Vorsorge, zur zweiten Säule, gehe nämlich direkt vom Gehalt weg, und dadurch werde wiederum das Einkommen kleiner, an dem sich die Beiträge für die gesetzliche Rentenversicherung bemessen, also für die erste Säule. Aber meine 500 Euro Betriebsrente im Monat, die mir als Rentnerin versprochen werden, klingen doch ziemlich gut?

Der Berater zersticht die Seifenblase mit nur einem Satz – ich solle lieber nur mit der Hälfte rechnen. Von der Betriebsrente würden noch mal Steuern und Beiträge für die Krankenkas-

se abgehen. Beides werde nicht fällig, wenn der Arbeitgeber das Geld jetzt für mich einzahle, sehr wohl aber später, wenn es mir ausgezahlt werde und ich alleine die Beiträge übernehmen müsse. Unternehmen profitierten von der Regelung also. Ich eher nicht. Der Berater beginnt vorzurechnen: Würde ich im Jahr 2057 im Monat ungefähr 2000 Euro auf dem Konto haben wollen, und in einer teuren Großstadt wie München sei das eine ganz gute Hausnummer, müsse ich wegen der Inflation ungefähr 4000 Euro anpeilen. Und dann noch mal etwa 500 Euro obendraufschlagen, wieder wegen der Steuern und der Beiträge für die Krankenkasse. Während ich auf dem Handy bereits nach der nächsten Lottoannahmestelle suche, sagt der Berater: Meine Rentenlücke könne ich noch schließen, wenn ich von jetzt an etwa 200 bis 400 Euro im Monat zurücklegen würde.

Ich muss an den Dauerauftrag denken, mit dem ich mal 100 Euro im Monat auf ein Sparkonto gelegt hatte und den ich nach wenigen Wochen wieder storniert habe. Dabei bin ich ja privilegiert, fester Job, noch keine Familie, irgendwie werde ich das hinkriegen. Aber wie soll das jemand

schaffen, der nicht solche Voraussetzungen hat?

Einen Teil des Geldes, sagt der Berater, solle ich am besten in einen sicheren, konservativen Sparplan anlegen. („Lieber zweimal 50 statt einmal 100 Euro, dann können Sie im Notfall einen auflösen.“) Einen anderen Teil in einen ETF-Sparplan, also auf einen börsengehandelten weltweiten Indexfonds, mit dessen Hilfe man Hunderten Aktien gleichzeitig folgen kann. („Lieber kein gemanagter Fonds, weder ein Fondsmanager noch ein Bankberater besitzen eine Glaskugel, und Sie legen lange genug an, um Schwankungen der Weltwirtschaft aussitzen zu können. Eröffnen Sie besser ein kostenfreies Depot bei einer Direktbank.“) Das alles aber natürlich erst, sobald ich zwei Nettomonatsgehälter weggelegt habe, für Notfälle, und Ersparnes für den Urlaub. Ach ja, eine Immobilie zu kaufen sei vor allem sinnvoll, wenn ich planen würde, im Alter darin zu wohnen – bei meinem Gehalt und den Münchner Kaufpreisen komme das aber wohl eher nicht infrage.

Ich speichere die Lottostelle unter meinen Favoriten auf dem Handy. Und, nur mal so: Was wird eigentlich, wenn ausgerechnet

in dem Jahr, in dem ich in Rente gehe, die Wirtschaft zusammenbricht?

„Dann holen Sie erst das Geld aus dem anderen Sparplan und später, wenn sich die Märkte erholt haben, aus den ETFs.“ Meine Hoffnung, dass ich jetzt alles regle und mich bis zum 1. Mai 2057 nie wieder mit meiner Rente auseinandersetzen muss, fällt zusammen wie ein Soufflé: „Fünf bis zehn Jahre vor der Rente sollten Sie sich intensiv mit ihr beschäftigen und einen Entnahmeplan überlegen.“

Spätestens nach diesem Anruf verfestigt sich mein Eindruck, dass es keine gute Lösung der Politik war, die Vorsorge fürs Alter auch jedem selbst zu überlassen. Zum einen, weil nur die erste Säule, die gesetzliche Versicherung, einen sozialen Ausgleich bietet, wenn man ein Kind erzieht oder die Eltern pflegt. Zum anderen, weil doch offensichtlich ist, dass jemand, der Eltern oder Freunde hat, die sich mit der Rentabilität von Aktienfonds auskennen, besser dastehen wird als jemand, dessen Umfeld keine Ahnung von Finanzen hat. Wer noch dazu 10 000 Euro im Monat verdient oder ein Grundstück erbt, kann auch noch in die x-te Anlage mit hohem

Risiko und hoher Rendite investieren, ohne zu befürchten, am Ende mit nichts dazustehen. Wer dagegen nur wenig hat, wer alleinerziehend ist oder ohne Arbeit, hat kaum die Ressourcen, sich auch noch damit auseinandersetzen, ob man besser in MSCI World investiert oder in MSCI ACWI.

Ich frage mich: Kann es in einem Sozialstaat ernsthaft die Lösung sein, dass wir jetzt alle in irgendwelche Indexfonds investieren?

Sechster Anruf: „Es gibt auch gute Nachrichten.“

Anruf bei einer Frau, die überall dort zugegen ist, wo es um die Zukunft der Rente geht: Ute Klammer, Professorin für Sozialpolitik. Sie sitzt im Sozialbeirat, der die Bundesregierung berät.

Als Erstes hat sie ausnahmsweise gute Nachrichten: Immer mehr Frauen arbeiteten, auch länger, bauten eigene Rentenansprüche auf, sagt Klammer. Dazu kämen die Verbesserungen für Mütter, und von der Grundrente profitierten ja auch hauptsächlich Frauen – die bekomme man jetzt ohne einen Antrag überwiesen, wenn man lange gearbeitet, aber nur wenig verdient habe. Es sei also nicht alles schlecht.

Dann kommt das „Aber“. Aber, auch wenn sich die Zukunft im Alterssicherungsbericht der Bundesregierung noch fluffig anhört („das Netto-Gesamtversorgungsniveau“ der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner entwickle sich „günstig“, steht darin), solle man sich darauf nicht verlassen. Die Bundesregierung gehe in ihren Modellen nämlich davon aus, dass jede und jeder einen Riester-Vertrag zur Vorsorge abgeschlossen habe, was erstens nicht stimme. Zweitens werde in etwa 20 Prozent der abgeschlossenen Riester-Verträge kein Geld mehr eingezahlt. Drittens, sagt Klammer, seien die Zinsen lange nicht so hoch wie mit bis zu vier Prozent in den Modellen angesetzt, und viertens werde im Drei-Säulen-Modell mit Privatrenten gerechnet, die ebenfalls nicht alle haben, erst recht nicht alle Frauen. Kurz gesagt: „Sie sollten auf jeden Fall was machen.“

Siebter Anruf: „Es braucht endlich eine Entscheidung.“

Der Rat der Professorin passt dazu, dass dauernd darüber geredet wird, dass das gesetzliche Rentenniveau sinkt. Andererseits liest man immer wieder, dass die Renten steigen. Wie geht das ei-

gentlich zusammen? Ein letzter Anruf, am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Bei Johannes Geyer, Ökonom, auf dessen Artikel man unweigerlich stößt, wenn man der Zukunft der Rente nachgeht.

Das gesetzliche Rentenniveau, sagt er, liege gerade bei 48 Prozent und werde mittelfristig sinken, das stimme. 2034 sollen es 46 Prozent sein, hat die Bundesregierung ausgerechnet. Das bedeute allerdings nicht, dass eine Rentnerin dann 46 Prozent von ihrem Lohn bekommen werde. Vielmehr müsse man sich, wenn es um das Rentenniveau geht, den sogenannten Eckrentner vorstellen. Einen Streber, dessen Leben mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun habe. Der Eckrentner hat nie ein Kind bekommen, immer so viel verdient wie der Durchschnitt und 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt, was in der Realität nur wenige schaffen. Setzt man seine Rente über die Jahre ins Verhältnis zu den Löhnen im Land, kann man ablesen, wie sich Löhne und Renten entwickeln – steigen die Renten in Zukunft nicht mehr so stark wie die Löhne, sinkt das Rentenniveau. Aber immerhin, die Renten steigen ja? Geyer warnt: „Wenn die Renten sich

langfristig nicht so stark erhöhen wie die Löhne, wird das Armutsrisiko zunehmen.“

Für Frauen ist dieses Risiko in jeder Lebensphase ein bisschen größer als für Männer, aber nie so hoch wie im Alter von über 65 Jahren, wenn etwa jede fünfte Frau als zumindest von Armut bedroht gilt. Die Warnungen auf Instagram waren also nicht ganz unbegründet. Als ich Ute Klammer, die Professorin für Sozialpolitik, fragte, wie sie meine Chancen auf eine gute Rente einschätze, sagte sie nur: „Wenn Sie immer gut beruflich unterwegs sind und privat vorsorgen, kann das noch funktionieren.“ Wenn also alles nach Plan läuft, ich immer einen Job habe, ich immer sparen kann, eher nicht alleinerziehend bin und im Alter am besten nicht alleine. Nur welches Leben verläuft schon nach Plan?

Zumindest für die Gegenwart verschaffe ich mir einen Überblick. Auf meiner Checkliste stehen drei Punkte: 1. An meiner Rentenlücke arbeiten, also um die 200 Euro im Monat sparen, teils in einem konservativen Sparplan, teils in ETFs. 2. Mein Gehalt verhandeln und 3. Einen Partnerschaftsvertrag aufsetzen. Für später noch mal drei: 1. Vielleicht irgendwann eine

Riester-Rente abschließen, für Familien lohne sich das oft, sagten mir einige Gesprächspartnerinnen. 2. Mögliche Elternzeiten so fair aufteilen wie jegliche Sorgearbeit, und 3. Mögliche Teilzeitarbeit fair aufteilen.

Ich muss an einen Rat denken, den mir eine der vielen Frauen bei meinen Gesprächen mit auf den Weg gab: Legen Sie für Ihre eigene Rente Geld an – und treten Sie in die Gewerkschaft ein, für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne für alle. Für mich klingt das nach einem guten Vorschlag. Meine Entscheidungen werde ich schließlich nicht in einem luftleeren Raum treffen, sondern in einem Rahmen, den die Politik baut. Dabei macht es einen Unterschied, ob der Staat den Mindestlohn erhöht oder nicht, ob er das Modell des männlichen Ernährers steuerlich fördert oder nicht, ob er ein Verständnis von Arbeit hat, das alleine auf Erwerbsarbeit beruht oder auch Sorgearbeit honoriert, ob er die gesetzliche Rente schwächt oder sie stärkt – was im Übrigen nicht nur Frauen stützt, die besonders von ihr abhängig sind, sondern auch den Solidaritätsgedanken einer Demokratie. Es gibt viele Ideen, wie die erste Säule

belastbarer werden könnte, für jede bräuchte es einen eigenen Text: Da wäre etwa der Vorschlag, den Kreis der Beitragszahler zu erweitern. Als Vorbild dient Österreich, wo auch Selbständige und Beamte in die allgemeine Rentenversicherung einbezogen sind, zumindest eine Zeit lang könnte das Erleichterung verschaffen. Man könnte darüber nachdenken, die Grenze anzuheben, bis zu der man für sein Einkommen überhaupt Beiträge in die Kasse einzahlen muss, gerade liegt die zwischen 6700 Euro und 7100 Euro im Monat – während man etwa in der Schweiz für sein gesamtes Einkommen einzahlt, auch wenn die Renten später gedeckelt sind. Man könnte versuchen, noch mehr Menschen in fair bezahlte Jobs zu bringen, hatte eine Ökonomin in einem der Gespräche vorgeschlagen, durch bessere Bildung, durch mehr abgeschlossene Ausbildungen.

Der Staat könnte abseits dessen die betriebliche Vorsorge, die zweite Säule, zur Pflicht machen, wenn er sie ohnehin voraussetzt, oder die private Vorsorge, die dritte Säule, wie in Schweden. Wobei deren Ausgestaltung mindestens so kompliziert sein dürfte wie die Rentenformel – und entsprechend langwierig.

Dabei haben wir keine Zeit zu verlieren. Johannes Geyer, der Wirtschaftsforscher, hatte gesagt: „Es braucht für die Zukunft der Rente jetzt endlich mal eine Richtungsentscheidung.“ Er meinte die Politik. Immerhin für mich habe ich eine getroffen: Die Daueraufträge sind eingerichtet.

Die Reaktion der netten Frau bei der Deutschen Rentenversicherung war allerdings bezeichnend. Als sie mir bei einem unserer Gespräche endlich sagen konnte, wie viel gesetzliche Rente ich Stand heute einmal haben würde, kicherte sie nicht, sondern sie lachte, laut. Ich dachte, ich hätte einen Fehler gemacht, irgendeine falsche Angabe. Sie aber sagte nur: „Nein, nein, das nicht. Entschuldigung, ich lache nur, weil Sie doch noch so jung sind.“

In meinem Alter könne sich doch noch alles ändern.



Edith Dietrich

Jahrgang 1968

Studium der Soziologie und Slawistik in Mannheim, Heidelberg und Swansea.

Seit 1997 ist sie freie Fernsehjournalistin für ARD und WDR. Hauptsächlich arbeitet sie als Autorin in der Wirtschaftsredaktion für „Plusminus“ und realisiert längere Dokumentationen.

Sie ist außerdem Dozentin an der HKMW – Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln und dort Rechercheseminarleiterin.



Dirk Bitzer

Jahrgang 1970

Studium von Politischen Wissenschaften, Germanistik, Mittlerer und Neuerer Geschichte in Köln.

Seit 1994 Autor diverser Magazine im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, aktuell beim WDR „Markt“ und „Plusminus“, sowie unterschiedlicher Featureplätze im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.



Link zum Beitrag:
<https://bit.ly/3voX8Rl>

«Stellenabbau wegen Corona?»

ARD, Plusminus

10. März 2021

■ Begründung der Jury

Die Dreistigkeit ist atemberaubend – selbst für jemanden, der schon einige Jahre in der Jury des Willi-Bleicher-Preises arbeitet und in den eingereichten Beiträgen schon einige dreiste Arbeitgeber bestaunen durfte.

Es tut mir von Herzen leid, sagt Tina Müller, die Chefin der Parfümkette Douglas. Sie sagt es, aber man sieht es nicht. Der Eindruck ist, dass sie lediglich einem Businessplan folgt. Per Video informiert sie die Mitarbeiter*innen, dass 500 von ihnen ihren Job verlieren; 56 Filialen werden geschlossen. Dabei sind auch rentable Geschäfte, Niederlassungen, die Gewinne abwerfen. Doch mit der Verlagerung des Geschäftes ins Internet ist mehr Geld zu verdienen. Dabei sind Douglas und H&M, wie der Beitrag der beiden Journalisten Edith Dietrich und Dirk Bitzer zeigt, keineswegs Opfer der Digitalisierung, so wie sie es hinstellen, sondern sie sind Treiber dieser Entwicklung. Und wie perfide ist es, dass sie die Angestellten in den Filialen dazu zwingen, die Kun-

den in den Filialen ins Internet zu locken.

Der Film von Bitzer und Dietrich lässt uns alle darüber nachdenken, ob die bestehende Betriebsverfassung noch geeignet ist für die Zeit der Digitalisierung und den damit verbundenen drohenden massiven Jobverlusten. Ist es nicht Zeit, die Mitbestimmung so weit auszudehnen, dass nicht Figuren wie Tina Müller allein bestimmen können, was mit profitablen Filialen und den Menschen dort geschieht? Solange dies nicht der Fall ist, ist die Arbeit von kritischen Journalisten wichtig. Durch ihre Berichte und Reportagen zeigen sie uns eine Seite unserer gesellschaftlichen Realität, die ansonsten aus der öffentlichen Wahrnehmung ausgeschaltet wäre. Und sie regen uns zum Nachdenken an, was dringend zu ändern ist.

**Herzlichen Glückwunsch zum
Willi-Bleicher-Preis 2021.**



Helena Offenborn

Jahrgang 1989

Studium der Wirtschaftswissenschaften in Berlin und Madrid, sowie Public Administration in Münster und Enschede. Neben dem Studium sammelte sie Praxiserfahrung in Unternehmen, Politik und Journalismus, unter anderem im Finanzministerium, einem Venture-Capital-Startup und dem ZDF-Auslandsstudio in Johannesburg. Volontariat beim SWR, wo sie anschließend tagesaktuell und investigativ arbeitete.

Seit 2019 Feature-Autorin in der SWR-Redaktion „Filmische Formate“ und produziert überwiegend Reportagen – mit einer Leidenschaft für gesellschaftskritische Themen.



Link zum Beitrag:
<https://bit.ly/3IRMy2r>

« Der Hoodie-Macher – Jobs für Menschen mit Handicap »

SWR, Mensch Leute

1. März 2021

■ Begründung der Jury

Modedesignerin Nadine ist kleinwüchsig, Näherin Yaprak gehörlos und Kadde leidet unter Depressionen: In der Esslinger Hoodie-Manufaktur „WASNI“ ist anders sein normal – denn hier nähern Menschen mit und ohne Handicap gemeinsam Kapuzenpullis. Wie gelingt das?

Dieser Frage ist Helena Offenborn in ihrer Reportage für das SWR-Format „Mensch Leute“ nachgegangen. Und hat mit ihrer wertschätzenden Art, über den Inklusions-Betrieb zu berichten, die Jury überzeugt und begeistert.

Der Beitrag von Helena Offenborn ist eine seltene Ausnahme. Denn: Menschen mit Behinderung sind in der Medienberichterstattung normalerweise unterrepräsentiert. Erst recht im Zusammenhang mit dem Thema „Arbeit“. Dabei weisen etwa drei Millionen Menschen in Deutschland eine

Schwerbehinderung auf und sind in einem erwerbsfähigen Alter. Für sie stellt sich die Frage nach ihrer beruflichen Inklusion unmittelbar. Und sie haben Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt: Sie müssen länger nach einer Stelle suchen. Und im Vergleich zum Durchschnitt der Erwerbstätigen sind sie doppelt so häufig arbeitslos. Das liegt an Vorbehalten von Arbeitgebern. Und es liegt an bürokratischen Hürden. Nicht selten werden Menschen mit Behinderung daher in „Behinderten-Werkstätten“ abgeschoben.

Aber Inklusion sieht anders aus. So wie bei WASNI. Hier zeigt Manufaktur-Inhaber Daniel, dass es geht. Wenn „man“ will. Und sich aufeinander einstellt. Vor allem aber: Wenn man Menschen nicht in „normal“ und „anders“ einteilt. WASNI: Der Name ist Programm. „Wenn anders sein normal ist“. Helena Offenborn fängt genau diesen Gedanken in ihrem Beitrag hervorragend ein. Sie lässt die Protagonisten zu Wort kommen. Sie zeigt sie in ihrem Arbeitsalltag. Vielschichtig. Umfassend. Und dabei verzichtet sie – zum Glück – auf die sonst üblichen Stereotype.

Daniel und seinem elfköpfigen WASNI-Team ist weiterhin viel Erfolg zu wünschen. Und Helena Offenborn wünschen wir, dass sie noch viele weitere Beiträge produziert, wie den jetzt prämierten. Das ist „Constructi-

ve News“ vom Feinsten. Keine rosa-rote Brille, keine Beschönigungen – aber das konstruktive Darstellen von Lösungen. Von denen brauchen wir viel mehr. Und wir brauchen die Berichterstattung darüber.

**Herzlichen Glückwunsch zum
Willi-Bleicher-Preis 2021.**



Caroline Wiemann

Jahrgang 1992

Nach ihrem Studium in Mainz und Paris machte sie eine Ausbildung an der deutschen Journalistenschule in München und konzentrierte sich zunächst auf datengetriebenen Journalismus.

Seit 2018 dreht sie als freie Autorin und Presenterin Fernseh-Reportagen.

Link zum Beitrag:
<https://bit.ly/3jgGajA>



« Kommt jetzt die große Hartz IV-Welle? »

WDR, Unterwegs im Westen

28. September 2020

■ Begründung der Jury

Der große Verdienst des Films von Caroline Wiemann ist, uns allen vor Augen zu führen, wie prekär die Lebenssituation und wie schlecht bezahlt die Jobs von vielen Künstler*innen und kulturnahen Menschen sind. Sicher, dies ist ihre Situation schon immer gewesen, doch in Zeiten der Pandemie kollabiert das System vollständig.

Abgesehen davon, dass die Grundversicherung für jedermann zu wenig, zu demütigend, zu bürokratisch ist (und hoffentlich bald der Vergangenheit angehört), beweist Caroline Wiemann in ihrem Film, dass es für diese Personen das falsche Mittel ist.

Merkwürdigerweise hält sich in Deutschland immer noch hartnäckig die Vorstellung vom Geniekult, nach dem nur ein hungernder Künstler gute, weil authentische Kunst liefern kann.

Ich versichere Ihnen, das ist falsch.

Der Verdienst des ausgezeichneten Films besteht darin, dass er in aller Deutlichkeit auf die Unterbezahlung in einer wichtigen, kompletten und systemkritischen und daher systemrelevanten Branche hinweist.

**Herzlichen Glückwunsch zum
Willi-Bleicher-Preis 2021.**



Sophie Rebmann

Jahrgang 1990

Freie Journalistin (Audio + Print) mit Faible für Osteuropa und lange Reportagen.

Berichtet u.a. für Die ZEIT, Deutschlandfunk, SWR, Y-Kollektiv und die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung – am liebsten über Machtgefälle und Chancengleichheit (in Beruf + Bildung), Migration, Konflikte (in Menschen + der Gesellschaft) und Menschen mit Ideen.

Ausgebildet an der Deutschen Journalistenschule.

Studium der Politik, Literatur und Nahoststudien in Tübingen, Krakau und Sarajevo.

Link zum Beitrag:

<https://bit.ly/3G48lfw>



« Wenn ich nicht kämpfe, wer sonst? » Eine polnische Pflegekraft wehrt sich

Deutschlandfunk Kultur,
Plus Eins

28. Mai 2021

■ Begründung der Jury

Auf den ersten Blick ist es eine alltägliche Geschichte aus der deutschen Pflegewelt, die Sophie Rebmann in „Plus Eins“, dem Wochenend-Podcast von Deutschlandfunk Kultur, erzählt: In geschätzt bis zu 300 000 deutschen Haushalten arbeiten Pflegekräfte aus Osteuropa – oft unter dem Mindestlohn. Es sind fast ausschließlich Frauen, die nach Deutschland kommen. Eine von ihnen ist Ewa.

Die studierte Philologin aus einem Dorf in der Nähe von Krakau ist 50, als ihr Mann stirbt. Während seiner Pflege hat sie ihren Job verloren. Nach seinem Tod findet sie keine neue Arbeit, ihre Schulden häufen sich. Da sie in Polen keinen neuen Job findet, beschließt sie, als Pflegekraft nach Deutschland zu gehen.

Im Gespräch mit Sophie Rebmann schildert Ewa zunächst, wie sie sich – damals noch mit spärlichen Deutschkenntnissen und ohne Pflegeausbildung – bei einer Agentur in Polen bewirbt und wenig später ihren ersten Job in Berlin antritt. Zum ersten Mal in ihrem Leben reist sie ins Ausland, zieht zu einem Wissenschaftler-Ehepaar, wo sie sich um den dementen Mann kümmern soll – laut Vertrag 160 Stunden im Monat, also 40 Stunden in der Woche für 1000 Euro im Monat.

Sprachprobleme, Unsicherheit, 16-Stunden-Tage, kaum Freizeit – Ewa tut sich anfangs sehr schwer. Doch ihren Vertrag stellt sie nie in Frage. Bis sie eines Tages einen Überweisungsschein auf dem Küchentisch entdeckt: 2500 Euro zahlt die Ehefrau ihres Patienten jeden Monat an die deutsche Vermittlungsgesellschaft. „Oh meine Güte, 2500 Euro und ich bekomme nur 1000 Euro!“ sagt Ewa. Sie versteht plötzlich, warum sie laut Vertrag mit ihrer Pflegefamilie nicht über ihr Gehalt sprechen darf.

Jetzt beginnt das, was Gesa Ufer, die Moderatorin des Podcasts, „eine echte Emanzipationsgeschichte“ nennt: Aus der verunsicherten Pflegerin aus Polen, deren größte Angst es ist, ihren Job zu verlieren, wird eine, die in einem fremden Land zum ersten Mal in ihrem Leben für ihre

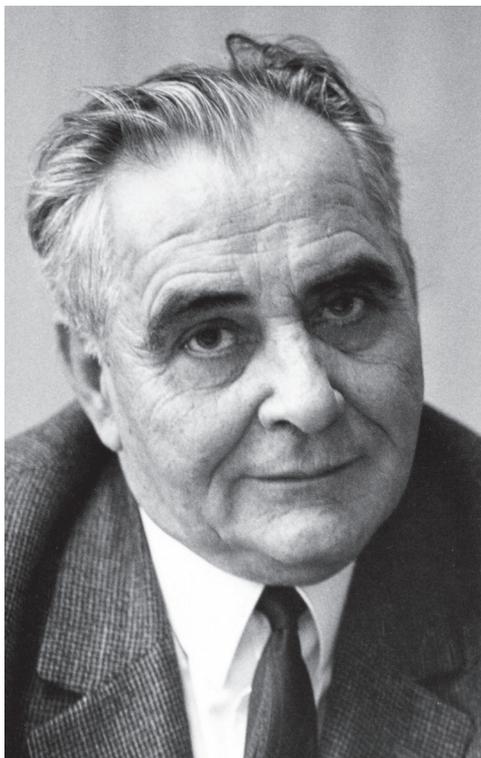
Rechte und bessere Arbeitsbedingungen einsteht: „Wenn ich nicht für mich kämpfe, wer dann?“

In 28 Minuten können die Zuhörer die erstaunliche Entwicklung Ewas miterleben. So bewegend schildert sie ihre Geschichte – und so einfühlsam und detailliert ergänzt Sophie Rebmann ihre Erzählung.

Schon bald kämpft Ewa nicht mehr nur für sich. In Pflegeforen berät sie heute andere sogenannte 24-Stunden-Pflegekräfte, steht ihnen zur Seite, berichtet von ihren Erfahrungen. Genau solche Menschen wie Ewa braucht es, um einem ungerechten System den Kampf anzusagen. Und Journalisten wie Sophie Rebmann, die diese Menschen finden und über sie berichten.

**Herzlichen Glückwunsch zum
Willi-Bleicher-Preis 2021.**





Willi Bleicher
Bezirksleiter
der IG Metall
Baden-Württemberg
von 1959 - 1972

IG Metall
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt

Vertreten durch den Vorstand, 1. Vorsitzender: Jörg Hofmann

V.i.S.d.P. / Verantwortlich nach §18 Abs. 2 MStV:

Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter IG Metall Baden-Württemberg
Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart

Tel 0711.16581-32

Fax 0711.16581-30

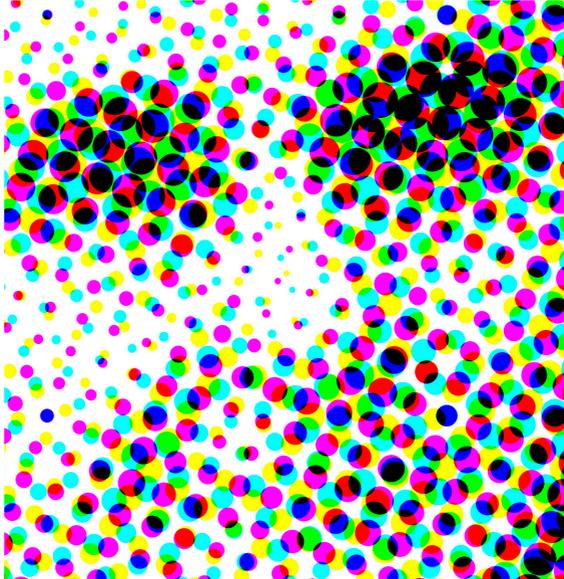
www.bw.igm.de

Redaktion: Petra Otte, Karin Schneider

Gestaltung: INFO & IDEE GmbH, Ludwigsburg

Herstellung: KOMESO GmbH, Stuttgart

Auflage: 300 Stück · 10/2021



Willi Bleicher: Sein Name steht für soziale Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Er war und ist eine Symbolfigur.

Anfang des 20. Jahrhunderts im Deutschen Kaiserreich in Armut geboren, erlebte er Aufstieg und Fall der Weimarer Republik. Während seiner Haft unter den Nazis waren Leid, Hoffnung, Gewalt und Tod allgegenwärtig. Die Jahre bis zur Niederschlagung des Faschismus haben ihn gleichermaßen desillusioniert und gestärkt. Sie haben aus Bleicher einen Menschen mit Haltung, Statur und Charisma gemacht. Sie prägten den großen Antifaschisten und Arbeiterführer, der Willi Bleicher bis zu seinem Tod war.

Was liegt also näher, als einen Preis nach einem Menschen zu benennen, der immer einstand für Menschlichkeit und Gerechtigkeit.

Die IG Metall verleiht den Willi-Bleicher-Preis an Journalistinnen und Journalisten, die mit ihrer Arbeit die Arbeitswelt für Leser, Hörer und Betrachter erlebbar machen.